

**SANDEMAN**  
*Opferfallend  
 auch in der Krise*



**SANDEMAN**  
**PARTNERS' PORT**  
 Bottled in Portugal

Alleinimport:  
 G. Klaebisch & Co., Eltville/Rh.

ten Kerns', wie sie sich nunmehr abzeichnet, nicht abgemildert werden können", so rechnet das Ministerium „mit einer jährlichen Zuwachsrate von auf Dauer arbeitsunfähigen drogenabhängigen Jugendlichen von 3500 bis 9000“.

### Verhängnisvolle Wendung

Was 1970 in Heidelberg als ungewöhnliches Heilverfahren begann, endet jetzt in Karlsruhe als gewöhnliches Strafverfahren: Angeklagt sind die Gründer des „Sozialistischen Patientenkollektivs“.

Sie sahen sich von „blutrünstigen Medizinwölfen“ umringt, „die helfen, uns umzubringen“. Sie befürchteten das Schlimmste: den „von Kapital und Staat verordneten und vom faschistischen Ärztekartell organisierten Mord der Patienten“. Sie beschlossen deshalb, „aus der Krankheit eine Waffe“ zu machen.

Sie stellten die Selbstdiagnose: „Das System hat uns ‚krank gemacht‘.“ Und sie verordneten sich als Therapie: „Geben wir dem kranken System den Todesstoß!“ Sie proklamierten den „Volkkrieg“ und gaben die Parole aus: „Mahler, Meinhof, Baader — das sind unsere Kader.“

Sie nannten sich auf 51 Flugblättern „SPK“ („Sozialistisches Patientenkollektiv an der Universität Heidelberg“) und verabschiedeten sich auf dem letzten (Nr. 52) am 13. Juli 1972 als Baader-Meinhof-Anhänger, als „RAF“ („Rote Armee Fraktion“).

Gegen vorerst neun von ihnen beginnt am Dienstag dieser Woche der

Prozeß, vor dem Landgericht Karlsruhe. Die Staatsanwaltschaft hält sie für Mitglieder oder gar Rädelsführer einer „kriminellen Vereinigung“ und wirft ihnen darüber hinaus vor: versuchte Brandstiftung, Vorbereitung einer Explosion und eines Sprengstoffverbrechens, Urkundenfälschung sowie Begünstigung von flüchtigen Anarchisten nach deren versuchtem Mordanschlag auf einen Polizisten.

Was nun als Strafverfahren endet, hatte vor knapp drei Jahren als — freilich schon damals umstrittenes — Heilverfahren begonnen. Protest gegen die Schulmedizin war der Ausgangspunkt der SPK-Tätigkeit, Beteiligung von Patienten an der Behandlung sowie die Verbindung von Psychotherapie und Politik das Ziel.

Aus Enttäuschung über die Therapie-Mängel an der Psychiatrischen Heidelberger Poliklinik und in Furcht, der einst in einem deutschen Irrenhaus verschlossen zu werden, hatten sich Patienten um den Assistenzarzt Dr. Wolfgang Huber geschart, der sich ihrer — wie sie selbst, aber auch Mediziner bezeugen — ebenso aufopfernd wie unkonventionell annahm.

Als die Kranken eine Patienten-Vollversammlung (die erste in Deutschland) organisierten, dabei radikale Forderungen erhoben und das Selbstverständnis der etablierten Schulmediziner in Frage stellten, wurde solche Ungebühr Huber angekreidet. Nach seiner fristlosen Entlassung durch die Klinikleitung im Februar 1970 gründeten er und 52 Patienten das SPK.

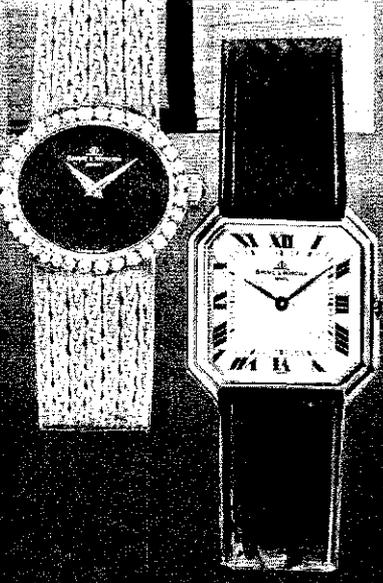
Huber sah sich durch die doppelte Moral seiner früheren Kollegen bestätigt: Er werde, einst „als guter Psychiater“ geltend, erst seit seinem Aufbegehren „als gefährlicher Dilettant“ abgestempelt. Jedenfalls wurde die Entwicklung des SPK zum „Haß- und Aggres-



Polizeiaktion gegen Heidelberger SPK-Quartier: „Dem System der Todesstoß“.

  
**BAUME & MERCIER**  
 GENEVE  
 1830

EDI...  
 UR...  
 INDIVIDUELLEN  
 G...



Bezugsquellennachweis für :  
 Deutschland :  
**BAUME & MERCIER GmbH** -  
 Buchrainweg 29  
 605 OFFENBACH/MAIN  
 Oesterreich : Hellmut REISS  
 Parkring 10 - 1010 WIEN 1

sionskollektiv", wie es sich bald selbst nannte, dem SPK-Initiator Huber ebenso angelastet wie spektakuläre SPK-Aktionen (Hungerstreik, Rektoratsbesetzung) und die Tatsache, daß er mehr psychisch Kranke (zuletzt 500) ins SPK aufnahm, als er je medizinisch betreuen konnte.

Sorge um diese Patienten, die der Schulmedizin mißtrauten und an das SPK — mit oder ohne Hubers Zutun — fixiert waren, bewog den liberalen Heidelberger Rektor und Theologie-Professor Rendtorff, für das Experiment Räume außerhalb des Campus anzumieten. Als er, durch SPK-Aktionen überfordert und vom Kultusministerium unter Druck gesetzt, das Domizil aufkündigte, nannten ihn die Politpatienten „Pfaffendrecksau“ und „Schreibtisch-Mörder“.

Die Diagnose der Schulmedizin war, wie nicht anders zu erwarten, vernichtend. So qualifizierte der Bonner Psychiatrie-Professor Hans Thomae in einem Gutachten für die Universitätsspitze SPK-Vorstellungen als „Utopie von wahnähnlichem Charakter“, und sein Frankfurter Kollege Bochnik rügte, Hubers Therapieziel sei „nicht der sozial integrierte Patient, sondern der aktive Revolutionär“.

Gleichwohl stellte Thomae, als einziger unter den Negativ-Gutachtern, selbstkritisch die Frage, warum wohl die SPK-Patienten versuchten, „sich nach dem Rezept des Barons von Münchhausen selbst aus dem Chaos herauszuziehen“.

Thomae's Antwort machte zugleich die Ursachen für den Heidelberger Konflikt deutlich: Psychisch Kranke griffen möglicherweise deshalb zur Selbsthilfe, „weil sie sachverständige psychotherapeutische Betreuung überhaupt nicht oder erst nach unzumutbaren jahrelangen Wartezeiten finden können“.

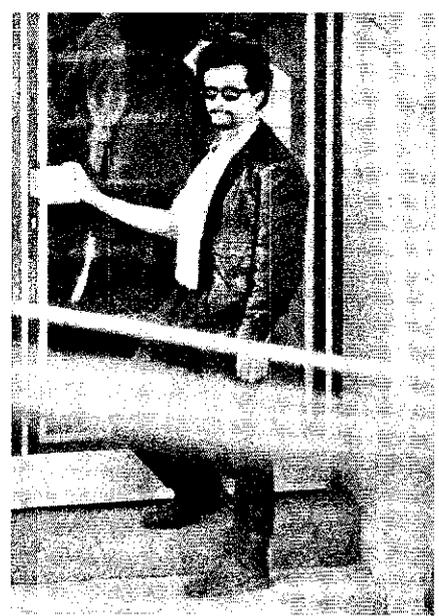
Fast von selbst bewirkte solche Bilanz, daß der professorale Gegner des SPK stellenweise zu dessen Kronzeugen wurde. „Es wäre verfehlt“, warnte Thomae, „in den Verzerrungen die berechtigte Kritik zu übersehen.“

In den SPK-Verzerrungen freilich, die allein die kapitalistische Gesellschaft für Erkrankungen verantwortlich machen, erblickten Thomae's Kollegen die größte Gefahr. Professor von Baeyer (Heidelberg) warf dem SPK vor, „alle anderen, nicht gesellschaftlichen Krankheitsbedingungen wie erbliche Disposition, traumatische und infektiöse Leiden“ zu unterschlagen und sich vor der Antwort auf die Frage zu drücken, „ob in bestehenden nicht-kapitalistischen Systemen noch psychische Störungen vorkommen“.

Gegen Kritik waren Huber und seine Jünger immun: „Das SPK hat keine Veranlassung zu einer wissenschaftli-

chen Darstellung, da es sich durch die Praxis bereits legitimiert hat.“ Selbst den anfangs wohlwollenden Gutachter Horst-Eberhard Richter, Professor für psychosomatische Medizin in Gießen, machte stutzig, daß „der Glaube an die überragende therapeutische Qualität und an den politischen Stellenwert unbeirrbar und für die Anhänger kaum noch diskussionsfähig“ sei.

Dennoch entschloß sich Richter damals, im Juli 1970, zu einer vorsichtigen Befürwortung des SPK-Experiments. Inzwischen hat er seine Meinung revidiert; in seinem im Februar 1972 veröffentlichten Buch „Die Gruppe“ schreibt er, von einem gewissen Zeitpunkt an sei das SPK „einer Art von paranoider Kollektivneurose“ verfallen und habe sich nur noch „als eine blindwütige Kampfgruppe“ gebärdet.



**SPK-Gründer Huber**  
 „Aus der Krankheit eine Waffe“

Mit der blindwütigen Kampfgruppe hatten es denn auch die Strafverfolger zu tun. In dem zuletzt auf 500 Patienten angewachsenen SPK machten sie einen „inneren Kern“ aus, der ihrer Ansicht nach für die Radikalisierung in Wort und Tat die Verantwortung trägt.

Die Ankläger wollen nachweisen, daß für diesen Kader-Kern die Aufforderung, dem „kranken System“ den „Todesstoß“ zu versetzen, nicht nur Verbalradikalismus war, sondern daß gezielte Rechtsverstöße geplant waren und teilweise — wenn auch dilettantisch — ausgeführt wurden.

Laut Anklage sollen SPK-Leute eine Stadtguerillagruppe, eine „kriminelle Vereinigung“, gebildet und Querverbindungen zu anderen Anarchisten-Gruppen unterhalten haben. Auf SPK-Konto gehen nach Meinung der Staatsanwälte sowohl ein versuchter Brandanschlag auf das psychiatrische Landes-

krankenhaus Wiesloch als auch ein ver- suchter Sprengstoffanschlag auf das Fi- nanzamt in Heidelberg.

Die Ankläger konstatierten, das Haus von Dr. Huber in Wiesenbach ha- be mindestens einem von drei Anarchi- sten als Unterschlupf gedient, die am 24. Juni 1971 in dem Dorf bei Heidel- berg den Polizeihauptmeister Brand an- geschossen hatten; einer der mutmaßli- chen Täter sei in das 100 Meter ent- fernte Haus von Huber gerannt und in dessen Pkw entkommen.

Im Keller der Heidelberger Albert- Mays-Straße 3, der von Hubers Ehe- frau unter ihrem Mädchennamen Dr. Schäfer gemietet worden war, fand die Polizei später Munition für Lang- und Faustfeuerwaffen, Behälter mit Nitro- zellulose, vier Sprengstoffkapseln so- wie eine komplette Fälscherwerkstatt für Führer- und Kfz-Scheine.

Bei dem SPK-Mitglied Werner Schork entdeckten die Fahnder eine „Firebird“-Pistole, die nach den Fest- stellungen des Bundeskriminalamts in Wiesbaden beim Banküberfall der Baa- der-Meinhof-Gruppe am 15. Januar 1971 in Kassel benutzt wurde. Am Ar- beitsplatz von Dr. Ursula Huber stell- ten sie das Magazin aus einer Pistole si- cher, die nachweislich von Ulrike Mein- hof gekauft worden war.

Solche Funde sind sicher kein Beleg dafür, daß sich die SPK-Führer auf harmlose Gruppentherapie beschränkt haben. Freilich: Daß sie Waffen, Muni- tion und Sprengstoff in krimineller Ab- sicht gehortet haben, werden die Staats- anwälte den Angeklagten in mühsamer Kleinarbeit beweisen müssen, mit Indi- zien und Sachverständigen.

Denn auf Geständnisse können sie nicht hoffen. Die Angeklagten, die zum Teil seit 15 Monaten in Untersuchung- haft sitzen, haben konsequent ge- schwiegen. Der einzige Belastungszeu- ge, ein ehemaliges Gruppenmitglied, widerrief inzwischen seine Aussage mit der Begründung: Polizei und Verfas- sungsschutz hätten ihn überredet, be- droht, eingeschüchtert.

So wird sich der Konflikt zwischen einer Gruppe von unangepaßten Außenseitern und der aufgestörten Heidelberger Idylle auf die Frage redu- zieren, welche Rechtsverstöße den Poli- t-Patienten konkret nachzuweisen sind. Ob sie von Anfang an auf gewalt- same Aktionen aus waren oder ob sie von einer verständnislosen Umwelt in die Desperado-Rolle gedrängt wurden, kann — wenn der Anklage der Nach- weis rechts- und verfassungsfeindlicher Umtriebe gelingt — allenfalls noch bei der Strafzumessung als Milderungs- grund eine Rolle spielen.

Professor Richters Frage, ob sich der Abrutsch von „hochfliegenden thera- peutischen Ambitionen“ in die Illegalität „nicht durch entschlossene Hilfe von außen hätte verhüten lassen“, wird auch der Prozeß nicht beantworten.

## MÄRKTE

### Ins Uferlose

**Schmorbraten und Filetsteaks sind binnen Jahresfrist um etwa 25 Prozent teurer geworden. Trotz steigender Einfuhren, vor allem aus Argentinien, werden die Rindfleisch-Preise weiter- hin hoch bleiben.**

**D**eutschlands Hausfrauen sollen fleischliche Enthaltbarkeit üben.

„Man muß nicht unbedingt ein Steak haben, wenn man einen guten Braten essen will“, verkündet Thomas Schlier von der Arbeitsgemeinschaft der Ver- braucher (AGV). „Auch vom Schweine- bauch“, so Theo Wershoven, Hauptge- schäftsführer des Deutschen Fleischer-

Großhandelspreis innerhalb eines Jah- res um 31 Prozent auf 321,10 Mark (für 100 Kilogramm Lebendgewicht) kletterte, empfinden sie sich mit ihren nicht ganz so heftigen Teuerungssätzen sogar als verbraucherfreundliche Ga- ranten der Stabilität. Rühmt sich Flei- scher-Sprecher Wershoven: „Das Bun- desernährungsministerium hat uns aus- drücklich dafür gelobt.“

Den Hausfrauen hingegen wurde die Rindfleisch-Inflationsrate von 25 Pro- zent längst zuviel: Nachdem der Pro- Kopf-Verbrauch in den vergangenen fünf Jahren um gut zwei Kilogramm gestiegen ist, wird der Durchschnitts- bürger nach Schätzungen des Bundes- ernährungsministeriums in diesem Jahr etwa 700 Gramm weniger, also nur noch rund 21,1 Kilogramm Rindfleisch essen.



**Schlachthof in München:** „Man muß nicht unbedingt ein Steak haben“

verbands, „kann man durchaus was Schönes machen.“

Denn Rindfleisch, ob zum Kochen, Braten oder Grillen, ist binnen Jahres- frist so teuer geworden wie nie zuvor. Fleisch zum Kochen, aus den weni- ger saftigen Körperpartien der sanft- mütigen Huftiere geschnitten, stieg in- nerhalb von zwölf Monaten im Preis um 21,5 Prozent; im September kostete es 7,63 Mark je Kilogramm.

Für Schmorbraten mußte die Haus- frau im gleichen Monat 12,65 Mark auf den Ladentisch legen (Steigerung seit September 1971: 23,2 Prozent). Roast- beef (plus 22,6 Prozent) und Filetsteak (plus 26,4 Prozent) sind mit Kilo-Prei- sen von 20,54 und 28,94 Mark für die meisten Käufer bereits unerschwingliche Delikatessen.

Metzger und fleischverkaufende Le- bensmittel-Filialisten, die solche Re- kord-Preise ausschildern, zucken be- dauernd die Achseln: Da der Rinder-

Mit Gramm-Verzichten läßt sich die Rindfleisch-Teuerung freilich nicht aushungern. „Die Preise“, so prophezeit Wershoven, „werden für die Hausfrau auch in den kommenden Monaten nicht entscheidend besser.“ Die Lust auf saftige Rindersteaks wuchs wesentlich schneller als das Hornvieh-Angebot am Markt.

Rumpsteak und Rindsfilet sind aller- dings vornehmlich deshalb rar gewor- den, weil des EWG-Bauern liebste Kuh stets die Milchkuh war. Der garantierte Abnahmepreis für Milch reizte die Euro-Landwirte, die einkommensför- dernde Melkwirtschaft zu intensivieren: Der Butterberg bei den staatlichen Vor- ratsstellen wuchs inzwischen auf 350 000 Tonnen, die rechtzeitige Umstellung auf extensive Rindermast wurde dage- gen vernachlässigt.

Auch größere Betriebe, die durchaus Rinder mästen könnten (Vorausset- zung: 200 bis 300 Hektar Land für je- weils zwei Arbeitskräfte), produzieren